

50 000 Euro fürs BGZ

Über die Zukunft des Wegberger Begegnungszentrums (BGZ) streiten Stadtverwaltung, Ratsfraktionen und Vereine seit Jahren. Die mit Spannung erwartete Grundsatzentscheidung soll bis Ende April fallen.

VON MICHAEL HECKERS

WEGBERG Die CDU-Fraktion, die den Vereinen ein Angebot für die zukünftige Nutzung des Begegnungszentrums gemacht und von der Verwaltung ein Nutzungskonzept gefordert hatte, drückt aufs Tempo: „Mit Blick auf das Auslaufen der Nutzungsverträge zum 31. Dezember 2008 gehen wir davon aus, dass bis spätestens zum 30. April eine abschließende Aussage über die künftige Verwendung des Gebäudes getroffen werden kann“, sagte CDU-Fraktionsvorsitzender Reinhold Pillich in der Ratssitzung.

Nutzungskonzept gefordert

Die CDU stehe zu ihrem Angebot. „Deswegen haben wir auch 50 000 Euro in den Finanzplan für 2009 einstellen lassen“, sagte Pillich. Im Gespräch mit den Vereinen hatte er diese Summe als Anschubfinanzierung vorgeschlagen. Auch die SPD fordert in Sachen BGZ eine Entscheidung: „Erstellen Sie endlich das ausstehende Nutzungskonzept und hören Sie auf, die nicht wechselwilligen Vereine des BGZ in die Ramachers Mühle zu schwatzen oder zu bequatschen“, sagte SPD-Fraktionsvorsitzender Harald Kersten an die Adresse von Bürgermeisterin Hedwig Klein. Die SPD zolle der CDU-Fraktion „großen Respekt, Anerkennung und Dank“ für das Signal, „sich deutlich für den Erhalt des Begegnungszentrums gegen die Klein-Verwaltungsallmacht auszusprechen – zum Wohle der dort beheimateten Vereine“, sagte Kersten. Unverzüglich sollten nun die machbaren Sanierungskonzepte auf den Tisch.

Auch nach Ansicht der FDP muss dringend ein tragfähiges Konzept für das BGZ her. Es sei auch zu klären, wann und wo eine Ersatzturnhalle errichtet wird. Die alte Turnhalle am BGZ soll abgerissen werden. Die im Haushalt vorgesehenen 50 000 Euro dürften nach Ansicht der FDP kaum ausreichen. Einen Seitenhieb gegen die Verwaltung verkniiffen sich die Liberalen nicht. Mit Blick auf die steigende Kostenschätzung bei der Sanierung der Ramachers Mühle sagte Christoph Böhm: „Glücklicherweise wissen wir jetzt ja auch, dass neben dem BGZ nicht die Schwalm fließt, so dass sich ungeplanter Hochwasserschutz wahrscheinlich vermeiden lässt.“

Klein weist Vorwurf zurück

Die Stadtverwaltung lässt sich den Vorwurf der Untätigkeit nicht gefallen: „Die Vereine soll klarmachen, zu welchen Bedingungen sie bereit sei, das BGZ zu übernehmen“, sagt Bürgermeisterin Hedwig Klein. Vor einigen Wochen sei ein Schreiben der „Interessengemeinschaft BGZ“ eingegangen. „Das werten wir als Bürgerantrag und werden es in der nächsten Fachausschuss-Sitzung zur Tagesordnung stellen“, kündigt Technischer Beigeordneter Rudolf Fabry an.